



## Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0022/2022

Vorlage: <b>ST/0033/2022</b>		Datum: 17.03.2022	
<b>Dezernat 3</b>			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.:	
<b>Betreff:</b>			
<b>Stellungnahme zum Antrag der CDU-Ratsfraktion: Aufnahme einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine</b>			
Gremienweg:			
24.03.2022	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE abgesetzt geändert

### Stellungnahme:

Die Stadt Koblenz unterhält zurzeit bereits formelle Städtepartnerschaften mit Nevers (F), Haringey (GB), Norwich (GB), Maastricht (NL), Austin (USA), Novara (I), Petah Tikva (IL) sowie Varaždin (HR).

Den zurzeit bestehenden offiziellen Städtepartnerschaften sind stets freundschaftliche Kontakte zwischen Vereinen, Schulen, Verbänden, Jugend- und Seniorengruppen u. a. vorausgegangen, die dann im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut wurden. Erst nachdem viele wechselseitige Bürgerbesuche stattfanden, sind die Repräsentanten der Städte zusammengekommen und haben geprüft, ob die bereits bestehenden freundschaftlichen Beziehungen von Bürger zu Bürger ausreichen, um eine offizielle Städtepartnerschaft begründen zu können.

Freundschaftsbeziehungen zu einer Stadt in der Ukraine würden jedoch in der jetzigen Situation ein Zeichen der Unterstützung und des Zusammenhalts setzen. Die partnerschaftlichen Kontakte zu der kroatischen Stadt Varaždin sind beispielweise nach dem Balkankrieg entstanden. Koblenzer Initiativen und Institutionen haben damals humanitäre und organisatorische Hilfe beim Wiederaufbau des Landes geleistet, was zu vielfältigen persönlichen Kontakten geführt hat.

Die Verwaltung möchte bereits hier auf die Vorlage (UV/0077/2022) im Kulturausschuss am 31.03.2022 verweisen. Das bisherige Sachgebiet „Städtepartnerschaften“ soll in „Internationale Beziehungen“ umbenannt werden. Ein Textauszug: „...aus den genannten Gründen ergibt sich für Kommunen der Bedarf an flexiblen Formen von Projektpartnerschaften, die über die gewohnten Formate des bilateralen Kennenlernens hinausgehen und dabei Erfahrungsaustausche und institutionelle Kommunikationswege auf Verwaltungsebene eröffnen. Dabei kann es auch sinnvoll sein, auf Verwaltungsebene temporäre Beziehungen zu Kommunen neben den formalen Städtepartnerschaften in Form von themenorientierten Netzwerken einzugehen, gestützt beispielsweise durch die Einbindung unter anderem von Wirtschaft (Kammern) und Wissenschaft, Sport und Kultur.“

Der Deutsche Städtetag hat noch nicht zur Bildung von Städtepartnerschaften mit der Ukraine aufgerufen. Im Vordergrund steht zurzeit noch die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und humanitäre Hilfe sowie die Aufnahme von Flüchtlingen. Die Stadtverwaltung hat bereits wenige Tage nach dem die Angriffe in der Ukraine gestartet sind, einen Verwaltungsstab unter Beteiligung von Mitarbeitenden mehrere Ämter und Eigenbetriebe eingerichtet. Neben Unterkünften, Sprach-, Betreuungs- und Lernangeboten sind auch finanzielle Unterstützungen einige der Themen, mit der sich der Verwaltungsstab in seiner intensiven Arbeit auseinandersetzt hat.

Auf der Homepage der Stadt Koblenz sind unter [www.koblenz.de/ukraine](http://www.koblenz.de/ukraine) auf Deutsch und Ukrainisch verschiedene Kontaktdaten, Hilfsangebote für Ukrainerinnen und Ukrainer sowie Informationen für Koblenzerinnen und Koblenzer zur aktuellen Situation gebündelt, darunter ein Wohnungsportal. Abgesehen von Privatunterkünften läuft zurzeit auch die Vorbereitung für Sammelunterkünfte. Zudem wurden auch Hotels vonseiten der Stadtverwaltung angefragt, inwieweit sie vorübergehend Wohnraum für die geflüchteten Menschen aus der Ukraine bereitstellen können. Die Resonanz und Hilfsbereitschaft ist sehr groß.

**Beschlussempfehlung:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufbau internationaler Beziehungen mit einer Stadt oder einer Region in der Ukraine zu prüfen. Über das entsprechende Ergebnis wird im Kulturausschuss berichtet.